

Modell für die EU

von Y. Lipuntsov / J. El-Rayes / A. Förstemann

Erfolgsfaktoren für den interoperablen Datenaustausch in Europa haben die Universität Moskau und das Europäische Zentrum für Semantische Interoperabilität (SEMIC.EU) untersucht.

In der Europäischen Union werden offiziell 23 Sprachen gesprochen, drei unterschiedliche Schriftsysteme genutzt und kulturelle Identitäten gepflegt. Diese Vielfalt ist ein unermesslicher Reichtum, zugleich aber auch ein großer Wettbewerbsnachteil der EU, der sich bis in die Kommunen hinein auswirkt. Ein Beispiel: Möchten im Dreiländereck gelegene Kommunen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit intensivieren und dazu Fachdaten austauschen, stoßen sie hierbei aufgrund unterschiedlicher rechtlicher Regelungen und voneinander abweichender Entwicklungsstände in ihren nationalen IT-Standardisierungs- und Interoperabilitätsprojekten schnell an die Grenzen des Möglichen. Damit in Europa nicht nur der Personen- und Warenverkehr frei ist, sondern auch EU-weit durchgängig elektronisch unterstützte und medienbruchfreie Verwaltungsprozesse auf den Weg gebracht werden können, arbeitet die EU an einem paneuropäischen E-Government-Modell.

Die zentrale politische Grundlage für dieses Vorhaben bildet das European Interoperability Framework (EIF), das den Mitgliedsstaaten Maßnahmen für den interoperablen Datenaustausch innerhalb der Union und mit Drittländern empfiehlt. Umgesetzt werden diese Regelungen in den nationalen E-Government-Programmen und dem e-Government Interoperability Framework (e-GIF), das Prozesse und Standards für die Interoperabilität zwischen E-Government-Anwendungen festlegt. Diese Rahmenkonzepte verfolgen unter anderem das Ziel, von der politischen bis zur technischen Ebene Standardisierungsvorhaben voranzutreiben, um den Informationsaustausch auf eine gemeinsame Basis zu stellen.

Antworten auf die Frage, wie weit Europa auf dem Weg zu paneuropäischer Interoperabilität vorangeschritten ist und was aus den bisherigen Erfahrungen gelernt werden kann, liefert die Studie „Pan-European Struggle for Interoperability in e-Government Environments“ der Staatlichen Universität Moskau und des Europäischen Zentrums für Semantische Interoperabilität (SEMIC.EU).



Gemeinsame Standards für den Datenaustausch.

Ergebnis der Studie ist ein Entwicklungsmodell für paneuropäisches E-Government, das politische, rechtliche und organisatorische Rahmenbedingungen in den Mitgliedsstaaten benennt, unter denen supranationale E-Government-Initiativen optimal gedeihen können.

Die Studie hebt hervor, dass eine klare politische Zielsetzung sowie ein eindeutiger rechtlicher Handlungsrahmen Grundvoraussetzungen sind, um die organisatorischen, semantischen und technischen Herausforderungen bei der Umsetzung eines gesamteuropäischen E-Government-Modells in Angriff nehmen zu können. Erst wenn sich die Akteure auf gemeinsame Ziele und Prioritäten geeinigt haben und einer Initiative langfristige Unterstützung zusichern, kann diese Erfolg versprechend umgesetzt

Link-Tipp

Weitere Informationen zur Arbeit des SEMIC.EU:

- www.semic.eu

Weitere Links finden Sie unter www.kommune21.de.

werden. Mit diesem Rückhalt kann auch der Gefahr von Budgetkürzungen oder politisch motivierten Richtungswechseln effektiver entgegen gewirkt werden.

Wenn ein hohes Niveau an Sicherheit und Erfolgsaussichten für ein E-Government-Vorhaben bestehen, ergreifen einzelne Entscheidungsträger die Initiative, um eine organisatorische Struktur für die Umsetzung konkreter Projekte aufzubauen. Kontinuität, klare Zuständigkeiten und die Unabhängigkeit von individuellen Akteuren sowie politischen Veränderungen sind die maßgeblichen Eckpfeiler eines gut institutionalisierten Vorgehens. Entsprechend zeigen Länder wie Dänemark mit einer großen Kontinuität in der Organisationsstruktur schnelle Fortschritte und große Erfolge beim E-Government. Eine weitere Voraussetzung für den organisatorischen Erfolg ist die Einbeziehung aller Verwaltungen, die später den gemeinsamen Datenaustauschstandard nutzen sollen. Vorbehalte und Widerstände gegen die Veränderung bestehender IT-Vorgehensmodelle werden am schnellsten aufgegeben, wenn alle zukünftigen Nutzer bereits in einem frühen Stadium an der Entwicklung des gemeinsamen Standards mitarbeiten.

Während die Verantwortung für die konkrete Vorgehensweise bei den Behördenvertretern liegen sollte, ist es sinnvoll, Entscheidungsvorlagen von einer Projektgruppe ausarbeiten zu lassen, die sich aus Experten von Wirtschaft, Wissenschaft, Standardisierungsgremien und relevanten NGOs zusammensetzt.

Die Bereitstellung einer leistungsfähigen E-Government-Infrastruktur, zum Beispiel auf Basis einer Service-orientierten Architektur, ist eine praktikable Möglichkeit, kommunale IT-Anbieter dabei zu unterstützen, organisatorische Interoperabilität voranzutreiben. Eine auf nationaler Ebene aufgebaute IT-Lösung kann bewirken, dass kommunale IT-Anbieter für ihre Zwecke benötigte Komponenten nicht selbst entwickeln müssen, sondern aus der übergeordneten Infrastruktur beziehen oder gar Eigenentwicklungen in diese integrieren. Die E-Government-Infrastruktur leistet dann zum Beispiel allgemeine Basisaufgaben wie Datenarchivierung und -verarbeitung und stellt spezialisierte Services wie Verzeichnisdienste, digitale Signaturen und E-Payment-Systeme zur Verfügung.

Aufbauend auf den skizzierten Rahmenbedingungen können

interoperable Datenstandards semantisch und technisch entwickelt werden. Die Erfahrung hat gezeigt, dass sich hierbei kurze Entwicklungszyklen bewährt haben – schnelle Ergebnisse fördern die Glaubwürdigkeit und sichern das Engagement der Beteiligten. Zudem schlussfolgert die Studie, sich bei der Priorisierung von Vorhaben auf Lösungen zu konzentrieren, die den geringsten Aufwand bei größtem Nutzen benötigen. So lohnt sich die Nutzung etablierter Technologien und Standards, die für die Entwicklung von E-Government-Anwendungen empfohlen oder vorgeschrieben werden – wie zum Beispiel die deutschen Standards und Architekturen für E-Government-Anwendungen (SAGA). Das von der Bundesregierung bereitgestellte SAGA-Dokument wurde bereits von mehreren Ländern, darunter Großbritannien, adaptiert und spielt eine maßgebliche Rolle für die Entwicklung paneuropäischen E-Governments.

Yuri Lipuntsov ist Assistenzprofessor an der Staatlichen Universität Moskau (MGU); Josef El-Rayes ist IT-Berater bei der init AG; Andreas Förstemann hat Informatik an der Universität Bamberg studiert.

Anzeige

Haben Sie auch genug davon, Hieroglyphen zu entziffern?



Form[®]
Solutions

Steigen Sie um auf elektronische Formulare:

- Am PC ausfüllbar und signierbar
- Automatische Datenvalidierung
- Integrierte Weiterbearbeitung